

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Jahrespreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Junner
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 18.
Fernsprecher: Nr. 8900. — Postcheckkonto Stuttgart 8908.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Friede in Süddeutschland

Stuttgart, 26. Mai.

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß in einigen Tagen der Kampf in der ganzen süddeutschen Metallindustrie beendet sein wird. Vorgestern haben die bayerischen Kollegen mit einer Mehrheit von über neun Zehnteln die im Münchener Sozialministerium getroffene Vereinbarung angenommen und damit die Wiederaufnahme der Arbeit (für den 26. Mai) beschlossen. Und die Kollegen in Württemberg und Mannheim und im Frankfurter Bezirk werden, das kann man, ohne viel zu gehen, voraussagen, gleichfalls die inzwischen für ihr Gebiet zustande gekommenen Abkommen mit geziemender Mehrheit annehmen und sich so für die Rückkehr in die Betriebe (für den 29. Mai) aussprechen. Zu dieser Annahme berechtigt unter anderem die Tatsache, daß die bayerische Vereinbarung, die die Grundlage der Vorn- oder Friedensverhandlungen in den nichtbayerischen Bezirken bildete, von den zu München anwesenden Vertretern der Ausgesperrten mit allen gegen eine Stimme angenommen worden ist, also von einer Vertretung, die sich aus Kollegen aller Streikorte, aller beteiligten Verbände und der drei politischen Richtungen zusammensetzte. Insbesondere diese Einhelligkeit der drei politischen Richtungen verbürgt ein sicheres Urteil über die Befinnung von Reich und Glied der Ausgesperrten, macht es leicht, vorauszusagen, daß auch in den nichtbayerischen Bezirken die Abmachungen angenommen, die Wiederaufnahme der Arbeit mit starker Mehrheit beschlossen werden wird.

Sonach ist bestimmt zu erwarten, daß die Arbeiterschaft des Reichs ebenso geschlossen beenden wird, wie sie ihn begann. Ob es noch Nachhutgefechte gibt, wird von der Haltung der Fabrikanten abhängen. Nun wissen wir längst, daß die Mehrzahl der Fabrikanten diesen für sie überaus kostspieligen Kampf so schnell und so glatt wie nur immer möglich beenden möchte und sie für ihren Teil sorgen werden, daß die Arbeitsfreude der zurückkehrenden Belegschaft keine Dämpfung erfährt. Zu dieser Wissenschaft aber fügt sich noch die andere, daß dieser Erziehungsstreik noch nicht bei allen Unternehmern erzieherisch genug gewirkt hat. Viele von ihnen sind noch von einem durch wirtschaftliche oder soziale Unvernunft gestärkten Scharfsinnigkeit befeuert, der selbst den deutschen Durchschnitt übersteigt. Das Ultimatum der Frankfurter Metallindustrie hat ihnen bewiesen, daß zur Genüge. Anmitten ausfichtreicher Verhandlungen legen sie auf die Arbeiter auf die Strafe, werfen, den Arbeitervertretern auf Stunden beschränktes Ultimatum stellen, von denen die Unterscheidung von Bedingungen ohne die Zustimmung der Mandatgeber, also eine platte Unmöglichkeit fordern, das setzt einen Unterschub von Vernunft voraus, wie er höchstens in dem Untereich des einstigen Feldwebels zu finden war. Und die metallindustrielle Unvernunft fing sogar wegen einer sprachlichen Nebenfälligkeit in dem zur Verhandlung stehenden Abkommen zu wüten an, einer Geringsfügigkeit, die für die Praxis völlig belanglos ist. Wenn sich in einem Kreis von Unternehmern noch ein solches Chinesentum üppig macht, dann kann man nicht umhin, bei der Beurteilung ihres Verhaltens bei der Wiederaufnahme der Arbeit Vorbehalte zu machen. Sollte sich aber unsere Befürchtung als unberechtigt erweisen, was sehr zu wünschen ist, dann um so besser für den Ruf der Metallindustriellen. Es mag auch sein, daß es nur Unkenntnis der Grundregeln einer vernünftigen Verhandlungspraxis war, was den Frankfurter Unternehmern den Streik ins Wasser machen ließ. Auf diese lächerliche Annahme weist übrigens ihr Plakat hin, dessen Überschrift fragt: Wie lange wird in der Metallindustrie Deutschlands gearbeitet? und durch Schraffierung einiger kleiner Bezirke in einer deutschen Karte, die allein die 46-stündige Arbeitszeit haben sollen, die Frage gleich selbst beantwortet. Am Fuße des Plakats wird weiter gefragt: Wie arbeitet das gesamte Ausland? und auch gleich geantwortet: nicht unter 48 Stunden! Diese Behauptung verrät mehr Kühnheit als Kenntnis, die schon durch eine Anfrage bei englischen Metallindustriellen hätte bereichert werden können. Von diesen wäre die Mitteilung geworden, daß im englischen Maschinengewerbe nicht über 47 Stunden, in der Eisenindustrie teilweise noch weniger gearbeitet wird, von den vielen Berufen anderer Länder ganz zu schweigen. Die Frankfurter Metallindustriellen hätten sich wahrlich nicht zu bemühen brauchen, denn auch ohne wäre die Richtigkeit der alten Wahrheit: Unwissenheit und Gerrenstolz, wachsen nicht angezweifelt worden.

Auf die Ergebnisse des Kampfes im einzelnen einzugehen, übertrifft sich an dieser Stelle, da sie in dem nächsten Aufsatze des Kollegen D i h m a n n nachgelesen werden können. So werden wir uns einer anderen Seite der Angelegenheit zu

In ihrer Abendausgabe vom 23. Mai nennt die Berliner *Note Fahne* am Ende eines anderthalb Spalten langen Wortstreits mit der Metallarbeiter-Zeitung, der wie zugestanden werden muß, ganz gewohnheitswidrig ruhig gehalten ist, den süddeutschen Kampf eine Niederlage. Und dies schon am 23. Mai, also noch ehe etwas über das Ergebnis der noch im Fluß befindlichen außerbayerischen Verhandlungen überhaupt gesagt werden konnte. Wir glauben, um das mindeste zu sagen, daß mit dieser — deutungsmöglichen — Voreiligkeit weder den kämpfenden Arbeitern gebietet noch Verständnis für die Schwere ihres Ringens bekundet wird. Daß unsere kommunistischen Verbandskollegen in diesem Punkte ganz anderer Meinung als ihre politische Hauptblätter sind, dafür liegen Beweise genug vor, und wer da will, kann in den Abstimmungsakten von München, Nürnberg und den anderen Städten, wo der starke kommunistische Einschlag der Kollegenschaft keinerlei Zweifel unterliegt, noch eine weitere Bestätigung finden. Die *Note Fahne* meint, diese „Niederlage“ hätte durch Anwendung politischer Kampfmittel, das heißt in diesem Falle durch Erweiterung der Kampfbasis vermieden werden können. Was wir von diesem Mittel halten, haben wir schon in der vorletzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung mit der durch die damalige Lage gebotenen Vorsicht auseinandergesetzt. Wenn größere Deutlichkeit gewünscht werden sollte, so steht dem nach völliger Beendigung des Ausstandes gewiß nichts im Wege. Es dürfte sich dann herausstellen, daß es mit der „Flaumachei der Gewerkschaftsbürokratie“ als auch mit der Möglichkeit eines „Solidaritätsstreiks für Süddeutschland“ eine ganz andere Bewandnis hat, als die *Note Fahne* hinstellen beliebt. Immerhin sind wir darin mit dem kommunistischen Hauptblatt einer Meinung, daß die Arbeiter eine „große Lehre aus dem Streik in Süddeutschland“ ziehen sollen. Ob die Arbeiter aber dann, wenn sie die *w i l l i c h e* Lehre daraus ziehen werden, den Beifall der *Note Fahne* finden, das steht freilich auf einem anderen Blatt. Wenn es für die Richtigkeit der von der „Gewerkschaftsbürokratie“ angewendeten Taktik eines besonderen Beweises bedürfte, dann müßte an die Tatsache erinnert werden, daß ihre Maßnahmen von einem zahlreichen Kreis von Vertretern der Ausgesperrten, worunter sich Kollegen aus der Werkstatte und von allen drei Richtungen in starker Zahl befanden, immer vorberaten und in der Regel einstimmig oder mit einer an Einhelligkeit grenzenden Mehrheit gutgeheißen wurden. Das aber braucht die *Note Fahne* nicht zu wissen.

Ueber diese Möglichkeiten indes darf die Größe wie der ehrenvolle Ausgang des geschichtlich bedeutungsvollen Kampfes nicht vergessen werden. Drei lange Monate haben unsere wadern süddeutschen Kollegen die Front gehalten. Nirgends ist dem Feind der Durchbruch gelungen. Seine List und Provokation, sein Honigsim und seine Silberlinge waren umsonst. Dem General Hunger haben sie erfolgreich Widerstand geleistet. Ihre Opferwilligkeit, ihr Kampfmut, ihre Ausdauer und ihre Disziplin gebührend zu schildern, fehlen die Worte. Den deutschen Klassengenossen haben sie ein leuchtendes Beispiel gegeben und dem süddeutschen Feindbund einen Denkzettel, den er sein Verbot nicht vergessen wird. Noch in einer anderen Hinsicht verdient die Haltung unserer Kampferschar alle Anerkennung. In den langen Wochen des Ringens, des Bangens, der Ungewißheit, haben sie den Versuchungen, die Taktik zu ändern, einhellig widerstanden. Dem von Außenfeinden gemachten Vorschlag, die Kampfbasis zu erweitern, haben sie wohl nie und da einmal ein williges Ohr, aber nirgends eine tätige Hand geliehen. Den die Schablone verarbeitenden Entschlüssen haben sie, um des lieben Friedens willen, manchmal zugestimmt, sonst aber sind sie dem gesunden Menschenverstand und der gewerkschaftlichen Grundregel gefolgt. Dank der einmütigen Haltung konnte die Einheit der Front erhalten, die Durchbruchversuche des Feindes abgewehrt und das Möglichste des Erreichbaren erlangt werden. Und das Erreichte ist sicherlich viel mehr, als in den Worten der neuen Tarife zum Ausdruck kommt. Ohne den Kampf hätte man Lohnzulagen von solcher Höhe und die verschiedenen andern Verbesserungen gewiß nicht erreicht. Aber so hoch man auch diese Errungenschaften bewerten mag, sind sie doch gering zu nennen neben dem Gewinn, der in der Dämpfung des Herrendünkels besteht. Die Unternehmer werden es sich fürderhin gründlicher als bislang überlegen, mit der Arbeiterschaft anzubinden und deren Wünsche rückwärts zu übersehen, entgegenkommender behandeln. Ein schwerlich zu überschätzender Vorteil, der sich in seiner ganzen Größe erst bei künftigen Verhandlungen zeigen wird. Und der unmittelbar wie mittelbare Erfolg des Kampfes wird nicht bloß den süddeutschen Metallarbeitern, sondern der Arbeiterschaft von ganz Deutschland zugute kommen.

Zum Kampfabschluss

wird uns von dem Kollegen Robert D i h m a n n noch geschrieben
Einer der größten und schwersten Kämpfe in der Metallindustrie hat seinen Abschluß gefunden. Heute, am 26. Mai, erfolgt die Wiederaufnahme der Arbeit in Bayern und im Bezirk Frankfurt a. M., am Montag den 29. Mai folgen Württemberg und Mannheim. Es ist angebracht, den Entwicklungslinien wie dem Abschluß dieses Kampfes eine sachliche Betrachtung zu widmen. Das sind die der kämpfenden schuldig und ebenso der Organisation, die den Kampf geführt.

Der Kampffeld lag in Süddeutschland. Formell waren die einzelnen Kampfgebiete voneinander getrennt. Doch ihr Kampf fiel zeitlich zusammen und sie hatten wesentliche Streitgegenstände gemeinsam, wenn auch jeder Bezirk noch seine „besonderen Rechnungen“ vorzulegen hatte. Bayern hat zwei große Tarife, einen für die Städte München, Nürnberg, Fürtch und Augsburg, einen für die übrigen Gebiete Bayerns. Letzterer, der sogenannte Landtarif, wurde vom Kampf nicht betroffen. Württemberg hat das gesamte Gebiet (Groß-, Mittel-, Kleinstädte und Landorte) in einem Tarif vereinigt. Mannheim hat einen Ortsarif, im Bezirk Frankfurt a. M. sind die Orte Frankfurt a. M., Offenbach, Höchst, Hanau und Darmstadt an einem Manteltarif beteiligt, doch schließt jeder dieser Orte in mitten des gemeinsamen Manteltarifs sein besonderes örtliches Lohnabkommen ab. Die Bezirke Württemberg, Baden und Frankfurt a. M. waren wiederum an einem gemeinsamen Manteltarif interessiert, der im Jahre 1919 abgeschlossen wurde. Dieser Manteltarif legte damals unter anderem die 46stündige Wochenarbeitszeit fest. Das Weiterleben der Unternehmung nun seit geraumer Zeit dahin, an die Stelle der 46stündigen die 48stündige Wochenarbeitszeit zu setzen. Nachdem in Württemberg das Abkommen von Unternehmenseite gestündigt, kam es Anfang dieses Jahres in Heidelberg zu gemeinsamen Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen der Bezirke Württemberg, Baden und Frankfurt a. M. Die Unternehmer forderten bestimmt die 46stündige Arbeitszeit und bequamen sich dafür zu verschiedenen Zugeständnissen bei anderen Bestimmungen des Manteltarifs. Diese Zugeständnisse lehnten die Arbeiter der genannten Gebiete in der folgenden Arbeitsabstimmung ab. Darauf erfolgte die Anrufung des Stuttgarter Schlichtungsausschusses durch die württembergischen Metallindustriellen. Unter dem Vorsitz von Waurat Frion, Stuttgart, wurde ein Schiedsgericht gebildet, der die 46stündige Arbeitszeit aus sprach, eine völlig ungenügende Lohnhöhung brachte und die Forderungen der Arbeiter bezüglich des Kollektivabkommens (Manteltarif) übergab. Dieser schiedsgerichtliche Entscheidungsbescheid wurde von den Arbeitern verworfen. Was nun? Die Unternehmer beantragten beim württembergischen Arbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung, eine Lohnhöhung ohne Anerkennung der 46stündigen Arbeitszeit ablehnend. Den Arbeitern blieb also nur übrig entweder

bedingungslos Unterwerfung oder Kampf.

Sie wählten den letzteren und traten am 17. März in den Streik. Den restlichen Teil der württembergischen Metallarbeiter sperrten die Unternehmer in der letzten Märzwoche aus.

Zur gleichen Zeit spitzten sich in Bayern die Verhältnisse an. Das Manteltarifabkommen des Werkstattearifs war schon dreiviertel Jahre Gegenstand steten Streites. Im Februar gelang es nicht mehr, der Streitigkeiten auf dem Verhandlungswege Herr zu werden. Die Münchner Kollegen traten am 24. Februar in den Streik. Nun folgte ein Schiedsgericht. Das bayerische Landesministerium stellte die Vorsitzenden R ö h l e r, Nürnberg (hervorgegangen aus dem Angestelltenverband), und K u r t h, München (langjähriges Mitglied des D A V), unter deren Beihilfe die 46stündige Arbeitszeit im Schiedspruch festgelegt wurde, während andererseits auch hier die Lohnzulagen durchwegs ungenügend waren und die strittigen Punkte des Kollektivabkommens mit einer Handbewegung für spätere Verhandlungen beiseite geschoben wurden. Das konnten sich die bayerischen Kollegen nicht bieten lassen. Sie lehnten diesen Schiedspruch ab. Lohnhöhungen wurden ihnen jedoch bei Nichtanerkennung des Schiedspruches (46stündige Arbeitszeit) verweigert. So traten denn am 15. März die Kollegen von Augsburg, Nürnberg und Fürtch den bereits im Kampf stehenden Münchner Metallarbeitern zur Seite. Bayern und Württemberg folgte R a n n h e i m. Ende März tagte in Karlsruhe ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors S i c h e r vom Reichsarbeitsministerium. Auch hier der gleiche Schiedspruch: 46stündige Arbeitszeit w o c h e. Am 31. März folgte in Mannheim und Ludwigshafen der Streik. Noch fehlte der Frankfurter Bezirk im Reigen.

Der Frankfurter Schlichtungsausschuss trat in „Action“ und schlug vor, die 46stündige Arbeitszeit im Vergleichsvorschlag vor. Das mußten unsere Kollegen natürlich ablehnen. Zu einem späteren Zeitpunkt folgte ein Schiedspruch, der in Sachen der Arbeitszeit besagte, daß im Frankfurter Bezirk die Arbeitszeit Stellung haben solle, welche demnach in den süddeutschen Kampfgebieten zur Einführung gelange. Die gleichzeitig im Schiedspruch enthaltenen Lohnzulagen wurden von den Frankfurter Kollegen angenommen, ebenso die zum gleichen Zeitpunkt gefällten Schiedsprüche in Offenbach und Darmstadt. Letztere gingen nicht auf die Arbeitszeit ein, sondern erklärten das bestehende Kollektivabkommen (46 Stunden enthalten) als erst zum 30. Juni zu Recht gestündigt. Die Frankfurter Kollegen riefen es des widerspruchsvollen Schiedspruches (betreffend Arbeitszeit), der im Gegensatz zu den Schiedsprüchen in Offenbach und Darmstadt stand, das Reichsarbeitsministerium an, dessen Vermittlungsversuch jedoch erfolglos blieb. Die Unternehmervertreter erschienen zwar, erklärten jedoch, daß die süddeutsche Gruppe der Metallindustriellen inzwischen die Ausprägung im Bezirk Frankfurt und Mittelbaden (Karlsruhe-Heidelberg) beschlossen habe. Die Abänderung der Metallarbeiter im Frankfurter Gebiet erfolgte zum 22. Mai, in Karlsruhe zum 2. Juni.

Monate eines hartnäckigen Ringens waren derweil ins Land gegangen. Die Haltung der streikenden und ausgesperrten Kollegen war prächtig. Alle Versuche, ihre Reihen zu erschüttern, blieben erfolglos. Doch auch die Unternehmer hielten ebenso zäh an dem von ihnen eingenommenen Standpunkt fest. Die im Osten einsetzenden W e n d u n g e n des Reichsarbeitsministers um eine Beilegung blieben ohne Erfolg. Zwei Tage wurde in Heidelberg umsonst verhandelt. Während die Arbeitervertreter den später verhängten Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministers als Verhandlungsabstufung anerkannten, fuhr der Unternehmer schwere Geschütze gegen den Reichsarbeitsminister auf.

WELTSCHAU

Petroleum und Weltpolitik

Von Dr. rer. et pol. Hans Stein

Die Verwendung des Petroleums im Wirtschaftsleben ist ein merkwürdiges Kapitel der Wirtschaftsgeschichte. Als Ende der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts das Erdöl in den Vereinigten Staaten zum erstenmal erbohrt wurde, kam es gerade recht, um die veralteten, für die moderne Industriewirtschaft unbrauchbaren Beleuchtungsarten (Kienspan, Fackel, Kerze, Rüböl, Tran, Solaröl etc.) abzulösen. Als aber Gas und Elektrizität sich durchzusetzen begannen, verlor die Petroleumlampe ihre Monopolstellung, jedoch für das Petroleum selbst ward damals ein neues Arbeitsfeld erschlossen.

In den 60er Jahren war von Köln aus durch den Erfinder Otto und den Ingenieur Vangen die „Atmosphärische Gas-Kraftmaschine“ entwickelt worden, ein durch Leuchtgas getriebener Zweitaktmotor. Diese Maschine war solange unbeholfen, als sie auf die Gasanstalt als Heizstoffquelle angewiesen war. Anfang der 70er Jahre aber gelang es dem Erfinder, seinen Gasmotor in einen standortsunabhängigen Flüssigkeitsmotor umzuwandeln; an Stelle des Steinkohlengases der Gasanstalt tritt Petroleum in bestillierter Form: Benzol!

Damit eröffnete sich dem Petroleum eine neue Zukunft. Es war Ausgangsstoff für das Brennmaterial der Motoren geworden, und diese Ausflüchte stiegen um so mehr, als nach Erfindung des Viertaktmotors die Motorenindustrie von Erfolg zu Erfolg zu schreiten begann. Im Rahmen dieser Entwicklung bedeutete es keine Hemmung, als an Stelle des Petroleumproduktes Benzol das Steinkohlenteerprodukt Benzol trat. Das Petroleum selbst behauptete sich sowohl als Rohöl, wie auch in raffiniertem Zustande, weil die neuen Typen, die im Motorenbau zu Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt wurden, die Verheißung des Steinöls auch in dieser Form gestatteten. Der allbekannte Dieselmotor unserer Tage bietet hier ungeahnte Möglichkeiten. Daneben tritt das Petroleum seit einem Jahrzehnt mehr und mehr als Kohleersatz in Erscheinung. Die äußerst rationelle, an Wärmekraft und in der Transportierung überlegene Petroleumfeuerung für Dampfmaschinen macht außerordentliche Fortschritte. In den Jahren der größten Kohlennot (1918/20) allein ist die Weltpetroleumproduktion um 33,8 v. H. und gegen 1900 sogar um 361,8 v. H. gestiegen. Diese letzte Ziffer kann geradezu als Gradmesser für die gesamte technische und wirtschaftliche Entwicklung der um das Petroleum sich gruppierenden Industriezweige bezeichnet werden.

Der stetig wachsende Bedarf an Petroleum hat nun der ganzen Entwicklung einen hochpolitischen Anstrich gegeben. Zwischen den beiden großen Weltwirtschaftsvölkern, dem Britischen Reich und den Vereinigten Staaten, ist ein zäher Kampf um die Petroleumfelder der Erde ausgebrochen. Zwar verfügt die Union über die größte Eigenproduktion an Steinöl, aber die Fachleute glauben, daß die amerikanischen Felder in absehbarer Zeit erschöpft sein werden. Wenn man bedenkt, welche Rolle das Öl in der Seeschifffahrt spielen wird, wenn man weiß, daß die Vereinigten Staaten England als Frachtfahrer der Welt vom Ozean verdrängen wollen, und wenn man endlich beobachtet hat, daß England im Kriege und — mit Hilfe seiner Orientverträge — in der Nachkriegszeit sich an allen wichtigen Petroleumpunkten der Erde (Sundamsien, Mesopotamien, Bionistenstaat Palästina u. a. m.) festgesetzt hat, wird man die heutigen Anstrengungen der Amerikaner in der Petroleumfrage verstehen. Es führt beispielsweise der Zeitungsdirektor von Linnich in Mexiko und von Streitigkeiten dieses Landes mit den Vereinigten Staaten, so darf er getroßt annehmen, daß es sich um Aneinanderreihen in der Petroleumfrage handelt. Die Statistik zeigt ja die Bedeutung Mexikos als Petroleumproduzent, und die Jantees sind es gewesen, die diese Schätze, die heute vornehmlich in der Hand europäischer Gesellschaften sind, von Texas her dem Abbau erschlossen haben. Heute möchten sie gerne selbst Herren in diesem Gebiete sein, und zur Erlangung dieses Ziels ist ihnen jedes Mittel, auch Krieg und Revolution, willkommen.

Natürlich führen die Regierungen diesen wirtschafts-imperialistischen Kampf nur indirekt. Sie bedienen sich dazu zweier gewaltiger Trustorganisationen. Für die amerikanischen Interessen kämpft die bekannte von John D. Rockefeller begründete „Standard Oil Co.“, von der Diesmann (Kartelle und Trusts, S. 170 f.) sagt:

Sie ist eine monopolistische Kontrollgesellschaft. Denn wenn sie auch selbst in Amerika kein absolutes Monopol hat, so kontrolliert sie doch circa 90 v. H. der amerikanischen Produktion. Sie hat in bewundernswürdiger Weise die Verarbeitung und den Absatz ihrer Produkte in allen Teilen der Welt organisiert. Sie besitzt eigene Bahnen, eigene Abzweigungen, eigene Transportschiffe, hat in allen Ländern ihre Petroleumtanks und ihre Petroleumwagen, in vielen eigenen Raffinerien. Sie produziert alle Hilfsprodukte, alle Fässer, Kanonen, Pumpen, Ventilatorapparate selbst und verarbeitet auch alle Nebenprodukte.

nach wieder vorübergehen. Segenwärtig aber ist es bei der unaufhörlichen Preissteigerung aller Metalle nicht möglich, bestimmte Preise für diese anzugeben. Das zutreffendste Bild des Wert- und Preisverhältnisses der Metalle bietet daher der Preisstand der Metalle, wie er vor dem Kriege war. Das Wert- und Preisverhältnis von damals ist im großen und ganzen auch heute noch das selbe, wenn infolge der ungeheuren Wertsteigerung, die seit damals erfolgt ist, der heutige Marktpreis aller Metalle auch um weit über das Zehnfache seit damals gestiegen ist. Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß die Preise, die die Metalle vor dem Kriege hatten, in Goldmarkt ausgedrückt, dieselben sind wie die heutigen Metallpreise, angegeben nach dem gegenwärtigen Stande der deutschen Wälua. Der Preis der Metalle vor dem Kriege war in Deutschland für:

1 kg Eisen	8 3/4	1 kg Natrium	5.-
1 „ Blei	25	1 „ Mangano	7.-
1 „ Zink	51	1 „ Chrom	8.-
1 „ Kupfer	150	1 „ Magnesium	24.-
1 „ Aluminium	2.-	1 „ Kalium	70.-
1 „ Zinn	3.-	1 „ Silber	80.-
1 „ Nickel	8,50	1 „ Gold	2800.-
1 „ Quecksilber	4,50	1 „ Platin	6000.-

Den beständigsten Preis unter allen Metallen hat das Gold. Während alle anderen Metalle in der Zeit vor dem Kriege bald größeren oder kleineren Schwankungen ihres Preises und Wertes ausgesetzt waren, hat das Gold seinen Preis bis zum Ausbruch des Weltkrieges nicht nur seit Jahrhunderten, sondern sogar seit Jahrtausenden nahezu unangetastet beibehalten. Auch gegenwärtig noch hat das Gold, nach dem Wert der Goldmark bemessen, seinen früheren Preis aufrecht erhalten, denn der nominelle Preis des Goldes, der gegenwärtig in Deutschland etwa 30 000 M pro Milligramm beträgt, also über 10mal höher ist wie vor dem Kriege, ist, wie bemerkt, nur auf der niedrigen Stand der gegenwärtigen deutschen Geldwährung zurückzuführen. Mit dieser Beständigkeit seines Wertes ist das Gold die Grundlage der Goldwährung und damit der Preisbildung nicht nur für alle anderen Metalle, sondern für alle anderen Waren überhaupt auf dem Weltmarkt geworden.

Zur Bearbeitung des Auslands hat sie eine Reihe von Tochtergesellschaften gegründet, so die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft in Hamburg für Deutschland, die Anglo-American Oil Co. für England, die Standard Franco-American, über die noch zu sprechen sein wird, für Frankreich. Der amerikanische Trust hat sein Weltreich in Provinzen aufgeteilt. Beispielsweise gehört das linke Rheingebiet zur belgischen Provinz, das rechte zur deutschen, mit dem Erfolg, daß im Winter 1920/21 im linksrheinischen Köln das Petroleum 6 Mk. das Liter und im rechtsrheinischen 3 Mk. kostete, ein Vorgang, der zu einer Wucherlage geführt hat. War die Gesellschaft ursprünglich für das Ausland als Handelsorganisation gedacht, so ist sie heute dabei, unter dem Druck der englischen Petroleumpolitik auch als Produzentin allenthalben sich festzusetzen.

Und da trifft sie auf ihre gefährliche Konkurrentin, die Shell-Gruppe. Es handelt sich hier um einen englisch-holländischen Trust, entstanden aus der Royal Dutch und der Shell-Transport Co. Dieser mächtige, unter dem Schutze des britischen Weltreichs stehende Konzern hat seine ursprüngliche Produktionsgrundlage auf den holländischen Sundamsien, hat aber, wie schon angedeutet, mittlerweile seinen Einfluß auf Rumänien, Kleinasien, Ägypten, Mesopotamien, Birma, Trinidad, Argentinien, Venezuela, Mexiko und sogar die Union selbst ausgebreitet. Die Shell wagt es, die Standard Oil auf eigenem Boden anzugreifen, indem sie in Texas und Oklahoma Petroleumgebiete an sich gebracht hat.

In dieser Auslandsarbeit betätigen sich, dem Shell-Konzern nahestehend, einige kleinere Gesellschaften, deren Aktien sich zum Teil in Händen der englischen Admiralität befinden sollen: die „Burmah Oil Co.“ für Hinterindien, die „Anglo Persian Oil Co.“ für die persischen Gebiete (Bagdabahn) und die „Mexican Eagle“ für die hochwertigen mexikanischen Felder.

Beide Konkurrenten, die Union und England, sind also mit den erdenklichsten kapitalistischen Mitteln für ihren Kampf ausgerüstet und ihnen gegenüber hat die im Jahre 1921 in Zürich begründete „Internationale Petroleum-Union“, ein kontinentaler (französisch-deutsch-schweizerischer) Finanztrust, zu dem auch die Deutsche Erdöl-G. gehört, wenig zu sagen. Der Leser wird unter diesen Umständen sich nicht wundern, daß auf der Konferenz zu Genäva die russischen Petroleumkonzessionen eine gewaltige Rolle spielten und daß Shell und Standard Oil dort einen erbitterten Kampf ausfochten. Darüber soll nächstens gesprochen werden.

Herausforderung der Metallarbeiter Oesterreichs

Unsere Auffassung von der Internationalität der kapitalistischen Dinge wird in diesen Wochen aufs neue und unwiderleglich bestätigt. Die Metallindustriellen Dänemarks und Hollands eröffneten den Streik gegen ihre Arbeiter, ihnen folgten die südbayerischen, englischen und böhmisches, nun liegt die Herausforderung der österreichischen und belgischen vor, die Metallindustriellen der noch übrigen Länder werden auch bald auf dem Kampffelde erscheinen. In Deutschland und England bildete die Arbeitszeit die Streikursache, in Holland, Dänemark und Böhmen der Lohnabbau, in Oesterreich das gleiche. Überall befindet sich die Arbeiterkraft in der Abwehr, überall muß sie sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, dem Raub gewerkschaftlicher Erzeugnisse und gegen den Lohnabbau wehren. Welches auch immer die Ursache der Herausforderung sein mag, sie alle entspringen der gleichen Quelle und dienen denselben Zweck: der Sucht des Unternehmertums nach mehr Macht und Profit und dem Drang, die organisierte Arbeiterkraft gefügig zu machen. Das wollen die Wortführer der Metallindustriellen aller Länder nicht wahrhaben. Sie wollen die vaterländische Wettbewerbsfähigkeit haben. Aber wenn in allen Staaten der Lohn vermindert, die Arbeitszeit verlängert, also die Ausgaben für die Arbeitskraft heruntergedrückt sind, sind alle Länder in Sachen der Wettbewerbsfähigkeit wieder auf dem gleichen Punkt, hat keines einen Vorteil vor dem andern. Aber sie wollen auch noch die Produktionsmenge vermehren. Aber wenn sie ganze Industrien monatelang stilllegen, die lebendige Arbeitskraft durch stärkere Ausbeutung und schlechtere Bezahlung schwächen und arbeitsunwillig machen, wird die Quelle, aus der die größere Warenmenge kommen soll, nachdrücklich verstopft. Das alles wissen natürlich auch die Unternehmer, folglich kann es das Verlangen, die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktion zu erhöhen, nicht sein, was sie heißt, die Arbeiter zu kämpfen herauszufordern. Es ist in der Tat etwas anderes. Es ist schändliche Selbstsucht, verflämmernd durch Kurzsichtigkeit, was die Arbeiterkraft mit Lohnabbau und Arbeitszeiterlängerung hebeligt; es ist keine Frage der Verbesserung der Wirtschaft, sondern eine Frage der Verstärkung der Macht.

Die Metallindustriellen Oesterreichs fordern einen Lohnabbau, der in seinem Durchschnitt gegen 30 v. H. betragen würde. Eine Begründung mit der Verbilligung der allgemeinen Lebenshaltung können die österreichischen Unternehmer noch viel weniger geben als die deutschen. Die Kurschwankungen und das Steigen des Dollars über in Oesterreich eine verhängnisvolle Wirkung auf die Lebenslage der Arbeiter in verschiedenem Maße aus, während umgekehrt die Industrie durch den Tiefstand der Krone eine ungeahnte Verdienstmöglichkeit besitzt. Die Unternehmer Oesterreichs wollen eben die nach ihrer Meinung günstige Zeit zur Erweiterung ihrer Macht und zur Vergrößerung ihres Profits, unbekümmert darum, ob durch den von ihnen freiwillig heraufbeschworenen Kampf dem eigenen Vaterland, dem Volksganzen die allergrößten Schäden geschlagen werden, restlos ausnützen. Ihre Profitgier treibt zu einem blindwütigen Krieg gegen Arbeiterlöhne und Arbeiterrechte.

Die Metallarbeiter Oesterreichs haben mit den Metallindustriellen einen Kollektivvertrag abgeschlossen, der als wesentlichen Bestandteil zur Festsetzung der Lohnhöhe die gleitende Lohnskala vorsieht. Die für die gleitende Skala notwendigen Festsetzungen macht eine paritätische Kommission. Das Kollektivabkommen hat eine Kündigungsfrist von drei Monaten. Anfang Mai ist es für August den Arbeitern von den Unternehmern gekündigt worden. Die Unternehmer hatten ihren Plan großzügig angelegt. Der Ablauf der Kündigungsfrist sollte erst abgewartet werden, sondern die Kürzungen sofort in Kraft treten. Die paritätische Kommission errechnete noch in ihrer Sitzung vom 15. Mai in Wien das Steigen der Lebenshaltung in den verfloßenen vier Wochen um 25 v. H. Diese Festsetzungen wollen die Unternehmer nun nicht anerkennen und glauben dadurch, daß sie das Abkommen gekündigt haben, von der Zahlung entbunden zu sein. Damit haben sie kein Glück, die Arbeiter haben auf diesen festgesetzten Lohn ein klares Recht. Die gleitende Lohnskala, die Durchschnittdarlegung und der Protzschuß sind den Arbeitern bis Ablauf der Kündigungsfrist gesetzlich zugesichert.

Die österreichischen Metallarbeiter rufen zu einem großen Abwehrkampf. Das Recht steht auf ihrer Seite. Nur brutaler Machtmißbrauch der Unternehmer trägt die Schuld am Ausbruch dieses Kampfes. Drei Jahre ist die Metallindustrie Oesterreichs auf Grund des Kollektivabkommens ohne ernsthafte Konflikte vorwärts gekommen. Die gleitende Lohnskala führt zu aller Zufriedenheit zu werten. Ausgerechnet in den Zeiten der gewaltigsten Preissteigerungen wird dieses Instrument der Gerechtigkeit brutal von den Unternehmern zerbrochen, da ohne gleitende Lohnskala die Profitmöglichkeiten für die Herren Arbeitgeber größer seien. Das das Recht des zum Leben Not-

wendigsten für die Arbeiterschaft bis zur Unerträglichkeit aufsummiert wird, läßt die Herrenmenschen kalt. Profit ist die Parole, und auch die Arbeiterschaft und die österreichische Republik darüber zugrunde gehen. Die Metallarbeiter Oesterreichs drüberorganisation werden in dem schweren Ringen ihren Mann stellen, die Hilfe ihrer Brüder ist ihnen sicher.

Brief aus Neupolen

Aus Bromberg wird uns geschrieben: Kurz nach der Umbildung von 1918 gelang es uns, die Metallarbeiter wie auch die andern Berufe fast bis auf den letzten Mann zu organisieren. Allerdings war damals schon ein Teil der Bromberger Kollegen polnisch-national gesinnt. Deswegen gelang es, bis zur Übergabe des Gebietes an Polen die Kollegen bis auf große Ausnahmen für die freien Gewerkschaften zu gewinnen. Der Rest trat damals in die polnische Berufsvereinigung ein. Nach der Übergabe liefen dann die polnisch sprechenden Kollegen hauswärts zur Berufsvereinigung.

Nach persönlichen Feststellungen betrug vor der Übergabe die Zahl der in Bromberg freigeberkschaftlich organisierten Arbeiter 7000. Davon lösten sich gleich nach der Übergabe fast alle Scharen los. Die Folge war, daß sich zum Beispiel die Zahlstelle des Eisenbahnerverbandes mit 2500 Angehörigen vollständig auflöste, das gute Duzend, das noch übrig blieb, schloß sich den Metallarbeitern an. So ist es zu erklären, daß die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften Brombergs in kurzer Zeit auf 3000 sank. Ähnlich ging es in Graudenz, Thorn und anderen Orten. Der Mitgliederbestand im gesamten neupolnischen Gebiete stellte sich bei der Übergabe auf 24000, wovon wir heute noch 11- bis 12000 im Gewerkschaftsbund Westpolens haben. Nachdem der größte Teil der polnisch-national angehauchten Kollegen zur Berufsvereinigung übergetreten war, trat bei uns eine gewisse Stabilisierung der Mitgliederbewegung ein, die nun freilich nicht andauernd. Obwohl die Abwanderung noch im Gange ist, gelingt es uns, sie durch Neueintritte auszugleichen.

In dem abgetretenen Gebiet erfreuen wir uns eines sehr reichlichen Reichums gewerkschaftlicher Richtungen. Neben den freien Gewerkschaften stehen die Hirsch-Dunderschen, der (deutschnationalen) Zentralverband deutscher Arbeitnehmer, die polnische Berufsvereinigung, die polnischen Christen und die polnischen Klassenverbände. Es versteht sich am Rande, daß eine solche Zerplitterung die Verhandlungen sehr erschwert. Mit der Berufsvereinigung, mit der wir in einer Art Arbeitsgemeinschaft leben, arbeiten wir einträchtiglich zusammen. Die polnischen Klassenverbände, die die Richtung der polnischen sozialistischen Partei darstellen, haben bis jetzt in dem abgetretenen Gebiet wenig Einfluß zu erlangen vermocht. Die weniger von ihnen errichteten Zahlstellen sind fast alle den Weg alles Irdischen gegangen und ihre Mitglieder haben bei uns Unterstützung gefunden. Die Hirsch-Dunderschen zählen in dem Gebiet 500 Angehörige, der (deutschnationalen) Zentralverband deutscher Arbeitnehmer 300 bis 350. Unsere Beiträge schwanken jetzt zwischen 10 und 120 M die Woche. Trotz dieser Höhe und unsern 12000 Mitgliedern sind wir nicht imstande, unsere Zeitung alle Monate herauszugeben. Die Hirsch-Dunderschen dagegen mit ihren 500 Männlein und viel niedrigeren Beiträgen vermaggen ihr Blatt alle 14 Tage herauszugeben und einen Angehörigen zu halten, können also weit über 2 Millionen Mark im Jahre für die Zeitung spenden (eine Auflage kostet immerhin 100 000 M). Der deutsch-nationale Zentralverband, der zwar keine Zeitung, aber doch einen Angestellten erhält, muß ebenfalls über reiche Mittel verfügen. Bei uns freigeberkschaften mit 8 Angestellten fällt immer einer auf 1500 Mitglieder, während sich die andern Seiten schon auf 500 ehren lassen können. Wie die Hirsch-Dunderschen und der Zentralverband das Funktionär feiertbringen, glauben wir wohl zu wissen. Es besteht nämlich in Deutschland eine Quelle, woraus für sie, die in Neupolen der Nationalismus vertreten, ständig Geld sprudelt. Die Geldquelle kommt diesen Herrschaften vorzüglich zuplatzen. Mit diesem Mitteln wird gegen die freigeberkschaftliche Bewegung Propaganda gemacht. Das schönste an der unschönen Sache ist, daß drüber im Reich Leute (von einem wissen wir das bestimmt) sitzen, die freigeberkschaftliche Angestellte sind, das heißt mit Leib und Seele und von Amts wegen die freigeberkschaftliche Bewegung fördern, die aber an dieser Speisung mit Geld nicht unschuldig sind. Was man in Deutschland heilig hält, ist in Polen weniger heilig.

Nun seien noch die Löhne der Metallarbeiter in dem abgetretenen Gebiet Posen und Westpreußen angeführt. Der Kürze halber sind nur immer die Zahlen vom März hierhergeführt. Die Stundenlöhne für über 21 Jahre alte Arbeiter betragen (in polnischen Mark):

	Sanwörter	Angelernte	Ungelernte
März 1919	1,60	1,30	1,20
„ 1920	2,75	2,35	2,15
„ 1921	28,05	26,40	24,75
„ 1922	133,—	115,—	108,30
Mai 1922	205,—	180,—	175,—

Die Löhne im Baugewerbe sind durchschnittlich 10 v. H. höher.

Lohnherabsetzung in Norwegen

Das norwegische Schlichtungsamt beschäftigt sich zurzeit mit den Lohnherabsetzungen in verschiedenen Berufen. Zunächst hat es einen Schiedspruch für die Eisenindustrie gefällt, der den Stundenlohn für gelehrte Arbeiter um 55 Ore herabsetzt, für ungelernete um 50 und für Arbeiterinnen um 30 Ore. Der Zuschlag für Überstunden wird in den beiden ersten Stunden der ersten fünf Arbeitstage der Woche auf 25 v. H. verfür, die Ferien auf acht Tage.

Social-Demokraten, das zurzeit in Kommunisten Händen befindliche Arbeiterblatt Kristiania, bezeichnet den Schiedspruch als ein „Eisenurteil“. Das Blatt erinnert daran, daß seit dem für die Arbeiter günstigen Schiedspruch im Jahre 1920 der Unternehmerverein und die kapitalistische Presse bemüht waren, den gegenwärtigen schlimmen Stand der norwegischen Industrie, den niedrigen Stand der norwegischen Wälua (die norwegische Krone ist weniger wert als die dänische und die schwedische) als die Folge dieses Schiedspruches hinzustellen und daß diese Unterstellung, so unrichtig sie auch ist, zu diesem neuen Schiedspruch geführt habe.

Die Wahrheit ist, daß 1920 in Norwegen noch flatter Geschäftsgang herrschte, ebenso wie in den meisten anderen neutralen Ländern, und daß die norwegischen Arbeiter, wie ihre Kollegen anderswo, jetzt unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang zu leiden haben. Die norwegischen Kommunisten sind mehr Wirklichkeitspolitiker als die Kommunisten in anderen Ländern. Sie unterstützen die gegenwärtige Linienregierung; im Parlament haben sie vor einigen Monaten gegen ein Mißtrauensvotum gegen diese Regierung gestimmt, um zu verhindern, daß diese Regierung geführt und durch eine reaktionäre abgelöst wurde. Ebenso haben sie sich mit der Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über das Zwangsschlichtungswesen abgefunden, wie es Pjan und Wolan, die kommunistischen Führer des Gewerkschaftsbundes, ihnen empfohlen haben. Sie wissen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Generalstreik keine Aussicht auf Erfolg hat, eine Auffassung, die durch den Ausgang des Generalstreiks im vorigen Jahre ihre Bestätigung findet.

Das Kommunistenblatt lobt den Arbeitervertreter im Schlichtungsamt namens Sverre Iversen und die Gewerkschaften, weil sie in diesem Jahre die Rücknahme auf das Wirtschaftsleben und die Gesellschaft zeigten, um einen Kampf zu vermeiden, den Weg des Schlichtungswesens betreten und ebenfalls willig waren, eine billige Lohnherabsetzung zuzugestehen. Was die Unternehmer gefordert hätten, sei eben unbillig gewesen. Der Schlichtungsausschuß habe in seiner Entscheidung den Mittelweg zwischen diesen beiden Standpunkten gewählt. Dies könne jedoch leicht dazu führen, daß beide Parteien in der Voraussicht, daß der Unterschied halbiert wird, in ihren Forderungen möglichst weit gehen, um möglichst viel von dem zu erzielen, was sie für wirklich notwendig halten.

